

Ambulante Versorgung in Gefahr

KVB warnt vor Praxiskollaps

Die Sparpolitik der Ampelkoalition sorgt nicht nur bei den Zahnärzten für Wut und Frust. Auch die niedergelassenen Humanmediziner sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) warnt in einer Pressemitteilung vor dem Kollaps der ambulanten Versorgung.



Im gleichen Boot:
Der KZVB-Vorsitzende
Dr. Rüdiger Schott (links)
und der KVB-Vorsitzende
Dr. Christian Pfeiffer
warnen vor Versorgungsengpässen durch die
Sparpolitik der Berliner
Ampelkoalition – unter
anderem bei einem
Interview mit dem
Münchner Merkur.

Hohe Teuerungsraten, massiv gestiegene Energiepreise und der umkämpfte Arbeitsmarkt stellen die Praxen in Bayern zusehends vor existenzielle Probleme. Schon seit Jahren verzeichnet der für die vertragsärztliche Vergütung ausschlaggebende Orientierungswert (OW) nur marginale Zuwächse jeweils unterhalb der Inflationsrate. Dies reicht nicht einmal mehr dazu aus, die laufenden Betriebs- und Personalkosten zu decken. Um den drohenden Praxenkollaps zu verhindern, müsste der OW für das kommende Jahr um mindestens zehn Prozent steigen, um einen vollen

Inflationsausgleich zu gewährleisten und das Gehalt der Praxismitarbeiter auf ein auskömmliches Maß anheben zu können.

Mit einer solchen Forderung war die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) in die laufende Finanzierungsverhandlung gestartet. Doch zeichnet sich auch vor der dritten Verhandlungsrunde noch kein Entgegenkommen seitens des GKV-Spitzenverbandes ab. Dazu erklärte der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns – Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp: "Was

die Kassen bewusst auszuklammern scheinen, ist, dass Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Praxen am Ende zwangsläufig auch zulasten der Patientinnen und Patienten gehen. Statt also den Orientierungswert dauerhaft einfrieren zu wollen und durch eine falsch verstandene "Konsolidierung' weiter die Axt ans Fundament der medizinischen Versorgung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu legen, muss ein Umdenken bei den Krankenkassen her. Ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem funktioniert nur mit den Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten."

Laut Berechnungen des Zentralinstitutes für die kassenärztliche Versorgung (Zi) fehlen dem ambulanten Bereich allein in diesem Jahr 2,8 Milliarden Euro. Während die Krankenhäuser fortwährend mit Subventionen in Milliardenhöhe bedacht werden, verzeichnet jede Praxis damit also einen Verlust von rund 28.000 Euro. "Die herrschende Unterfinanzierung und Benachteiligung der Praxen gegenüber den Krankenhäusern muss durch Politik und Krankenkassen endlich beendet werden", so der Vorstand der KVB.

Redaktion

26 BZB Oktober 2023